

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellgelb.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

Die Thatsachen reden!

* Leipzig, 21. Oktober.

In der Sitzung des Reichstags vom 14. Oktober hatte der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. Fischer wieder einmal die Aufgabe, die Auslegung des sächsischen Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörden und einzelne Beamte zu verteidigen gegen die herbe Kritik des Abgeordneten Wibel. Wie die Polizeibehörden dem sächsischen „Zuwel“ immer neue Seiten abzugewinnen wissen, so weiß auch der sächsische Bundesratsvertreter immer neue Rechtfertigungsgründe für das Vorgehen der Behörden zu erbringen. In der Reichstagsitzung vom 28. Januar d. J. führte Dr. Fischer mit der ganzen Naivität, deren ein sächsischer Bundesratsvertreter fähig ist, aus, er könne sich gegenüber den Bestimmungen des sächsischen Vereinsgesetzes nicht denken, daß den Arbeitern die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht sei, es sei denn, daß sie Lokale zur Abhaltung von Versammlungen nicht erhalten könnten, wofür aber nur die Biele verantwortlich zu machen seien. Diese Naivität beantworteten die Sozialdemokraten mit einem herzlichen Gelächter. In der Sitzung vom vorigen Dienstag glaubte nun der Herr Bundesratsvertreter etwas schwereres Geschütz gegen die Kritik der Sozialdemokraten aufzufahren lassen zu müssen. Er meinte, in Sachsen sei der Druck der Sozialdemokraten besonders groß, d. h. das Bestreben, das Vereins- und Versammlungsrecht möglichst auszubehalten oder seine Schranken zu durchbrechen oder zu umgehen. Dieser Druck erzeuge den Segendruck der Behörden, d. h. die Behörden seien bestrebt, die umgerissenen Schranken wieder aufzubauen und auf die strenge Durchführung der Gesetze zu achten.

Es ist wirklich zu verwundern, wo ein sächsischer Bundesratsvertreter gegenüber der bis in die entferntesten Winkel des Reiches bekannten Thatsache, daß die sächsischen Behörden den Arbeitern das Versammlungsrecht mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln aus der Hand zu schlagen bestrebt sind, den Mut zu der Behauptung hernehmen kann, die Behörden gingen lediglich darauf aus, die umgerissenen Schranken wieder aufzubauen und auf die strenge Durchführung der Gesetze zu achten. Sehen wir doch einmal nach, wie es um die umgerissenen Schranken bestellt ist!

In § 26 der sächsischen Verfassung heißt es: „Die Rechte der Landesbewohner stehen für alle in gleichem Maße unter dem Schutze der Verfassung.“ Das in dem Vereins- und Versammlungs-gesetz gewährleistete Recht, sich zu versammeln u. s. w., steht also auch den Arbeitern in vollem Umfange zu. Nur

soweit diese Versammlungen „die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ zu gefährden geeignet sind, können die Behörden Versammlungen verbieten. Die „öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit“ ist aber nirgends so gefährdet, wie in Sachsen, nirgends steht der Staat auf so wackeligen Füßen, wie bei uns. Man denke nur an den Bergarbeiterstreik vor zwei Jahren, bei dem die Regierung, die Behörden und die Unternehmer in trauter Einigkeit bemüht waren, die Arbeiter müde zu machen und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Im Namen der Ordnung wurde den Streikenden die Abhaltung von Versammlungen untersagt, die Polizeistunde wurde eingeschränkt, die fremden Arbeiter, die die Grubenbarone als Lohndrücker herangezogen hatten, wurden ausgewiesen, weil sie mit ihren Arbeitsbrüdern gemeinsame Sache machten; das Sammeln von Streikgeldern wurde den Arbeitern bei Strafe verboten; die Streikenden wurden ihrer Ansprüche an die Anspargkassette beraubt — alles im Namen der Ordnung! Und was veranlaßte die Behörden zu diesem Vorgehen gegen die Streikenden? In dem Verhalten der Streikenden war auch nicht der geringste Grund abzusehen, der nur eine einzige dieser Maßnahmen hätte rechtfertigen lassen. Auf eine Beschwerde hatte die Kreishauptmannschaft den Streikenden ausdrücklich anerkannt, daß „der Streik im gewissen Sinne ruhig und geregelt“ verlaufe; aber die angeblichen Ausschreitungen einzelner Arbeitswilliger machten den behördlichen Schutz gegen die letzteren notwendig und der Anspruch auf diesen Schutz sei „weit besser berechtigt, als derjenige des Streikers auf Freiheit in der Wahl seiner Mittel, um den Arbeitswilligen zur Beteiligung an dem Ausstände zu bestimmen“. Also keine Störung der öffentlichen Ordnung — die Arbeitswilligen sollten geschützt werden, und dazu all dieser Aufwand der Polizeibehörden. Nach der Niederzwingung des Streiks trat das Zwickauer Organ der Grubenbarone für Aufhebung der Beschränkungen im Gastwirts-gewerbe ein, weil „zur Sicherung der Ruhe und Ordnung schon genug geschehen sei, wenn die Versammlungsverbote fortbestehen bleiben“.

Noch toller ging es im vorigen Jahre bei dem Glasarbeiterstreik in Dresden zu. Hier sah sich die Polizeibehörde sogar bemüht, ein Streikpostenverbot zu erlassen, obgleich das Reichsgericht ein solches Verbot für gesetzwidrig erklärt hatte. Die Polizei mußte das Verbot wieder aufheben. Auch hier wurden die fremden Arbeiter ausgewiesen. Hier während die Regierung im Zwickauer Falle die Ausweisungen für unstatthaft erklärte, so daß die Ausweisungsbefehle zurückgenommen werden mußten, bekräftigte sie die Ausweisungen der fremden Glasarbeiter, die ihrer Mission als Lohndrücker untreu geworden waren.

Wer hat in allen diesen Fällen die gesetzlichen Schranken „umgerissen“? Der sächsische Bundesratsvertreter behauptet natürlich, es seien die Arbeiter gewesen.

In der Umgegend von Leipzig sind einmal einige, in der Amtshauptmannschaft Pirna alle Wälder versammelt worden, da sich „Rundgebungen befürchten lassen, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu gefährden geeignet sind“. Wer hat hier die gesetzlichen Schranken „umgerissen“? Arbeitslosenversammlungen werden in vielen Städten als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung angesehen. Eine Dresdener Arbeitslosenversammlung wurde von der Polizeidirektion verboten, weil die Art der Bekanntmachung „durch Plakate und Annoncen, wodurch Eintritt und Ansprache für jedermann stattfinden soll, annehmen läßt, daß diese Versammlung als eine solche wie in den meisten Städten Deutschlands anzusehen ist, welche die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet. Bei der Tagesordnung ist anzunehmen, daß das Wort Arbeitslosigkeit dazu benutzt werden wird, um den Staat und die Gesellschaftsordnung dafür verantwortlich zu machen und so aufreizend zu Gesetzesübertretungen gewirkt werden kann“.

So haben die Behörden bei jeder Gelegenheit den § 12 des Zuwels bei der Hand, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu schützen. Den Genossen in Wilkau wurde von der Amtshauptmannschaft die Anmeldung einer Versammlung bescheinigt mit der originellen Mitteilung, daß „das Ausbringen von Hochrufen auf die Sozialdemokratie oder revolutionäre Verbände oder Bewegungen und das Absingen revolutionärer Lieder“ bei einer Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werde. In Hartha hatten seit zehn Jahren bei Festlichkeiten zwei rote Fahnen das Festlokal geschmückt. Da wurde auf einmal der Vorsitzende des Vereins mit einem gerichtlichen Strafbefehl von 30 Mk. oder entsprechender Haft bestraft, weil er durch das Aufhängen der Fahnen „das Publikum in seiner unbestimmten Allgemeinheit und zugleich den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung unmittelbar gefährdenden und verlegenden Handlungsweise“ groben Unfug verübt haben sollte. Man sieht, auf wie schwachen Füßen die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Sachsen ruht. Wenn nun die Behörden diese schwankende öffentliche Ordnung mit allen Mitteln zu stützen versuchen, dann meint der sächsische Bundesratsvertreter Dr. Fischer, die Arbeiter reißen die gesetzlichen Schranken um.

Der „Schutz der öffentlichen Ordnung“ ist der Deckmantel, mit dem die Behörden alle ihre Maßnahmen und namentlich das sonderbare Vorgehen gegen die Arbeiter rechtfertigen, er ist das Mittel, das ihnen erlaubt, gegen

Seuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Das tägliche Brot.

Roman von Klara Wiebig.

Es wurde Frühling. Aber im Kellerfenster lagen keine grünrötlichen Rhabarberstengel mehr zum Verkauf aus, und keine hohen Körbe mit jungem Spinat flankierten mehr die Treppe. Ein bißchen verwelktes Wintergemüse, und Kartoffeln, die schon zu keimen anfangen, war alles, was noch zu finden war; aber verkauft wurde auch das nicht einmal. Wenn die Ware so verlegen war, daß sie keinem mehr angeboten werden konnte, aß die Familie sie selber auf.

Mine hatte sich in ihren Rock eine Wachsstocktasche genäht, sie mußte, die Leute sehen es nicht gern, wenn die Kuhfrau mit dem Korb kommt, so brachte sie dem Alten und ihrem Arthur immer noch ein besonderes Häppchen mit nach Hause. Aber der Alte steckte seinen Teil wieder dem Fridrich oder seiner Frau zu; es war ihm jetzt so gleichgültig, was er aß, sehen konnte er doch nicht in der trüben Kellerwohnung, was er auf dem Teller hatte.

Zum Abendbrot schickte man Elli, für zehn Pfennig „Abchnitt“ beim Schlächter holen; aber sie kam immer wieder: „Da war nichts!“ Wenn sie freitags mit einem Topf nach frischer Wurstbrühe gehen sollte, behauptete sie jedesmal: „Er hat heut keine Wurst gemacht,“ und doch hing der Stuhl mit der weißen Schürze vor des Schlächters Thür. Sie wollte eben nun mal nicht, darum wurde jetzt Fridrich von der Großmutter zum Einholen verwendet.

Wichtig stolzierte die Kleine davon, ein Körbchen am Arm; glücklich kam sie wieder — solch schöne Wurstzippel und noch so viel Schinkenfett! Alle Hunde auf der Straße umsprangen sie schnuppernd, sie mußte ihr Körbchen hoch halten und laufen, laufen, so rasch sie nur konnte. Laut weinend kam sie eines Tages heim, die Hunde hatten sie über den Haufen gerannt und ihr das Eingeholte samt dem fettigen Papier aus dem Körbchen gerissen. Sie war gar nicht zu trösten. Mine, die gerade nach Hause kam, wurde sehr böse — warum war denn Elli nicht gegangen?! Die That sorgte den ganzen Tag nichts, wenn sie aus der Schule gekommen war; nicht einmal Fridrich wollte sie vertreiben. Wenn der Großvater nicht gerade auf dem Posten war, mußte Fridrich auch dafür sorgen.

„Elli?“ sagte die Reschke in ganz verwunderten Ton. „Elli — bei'n Schlächter?! Aber sie will doch nicht!“

„Jeh jeh nich nach Wurstzippel,“ murkte Elli und warf die Lippen auf.

„Ne, det sollste ja ooch jeh nich, ne, ne,“ beruhigte die Mutter und streifte mit einem zärtlichen Blick ihr blondes Köpfchen.

„Morjen gehste,“ sagte Mine kühl; und als Elli eine Grimasse schmitt — schwapp — hatte sie eine Ohrfeige weg von der kräftigen Hand, daß sich alle fünf Finger auf ihrer Wade abzeichneten.

Mutter Reschke war empört; mit einem Arm ihre Elli umschlingend, streckte sie den anderen gegen die Schwieger-tochter aus. Sie fing an zu räsonnieren, daß die Wände dröhnten. Aus dem hundertsten kam sie ins tausendste; sie warf Mine Sachen vor, von denen diese selber gar nichts wußte, Geschichten, die vielleicht einmal vor so und

so langer Zeit mit anderen Dienstmädchen passiert sein mochten.

Die ganze chronique scandaleuse der Hintertreppen kam so zum Vorschein.

Es half nicht, daß Vater Reschke seine Frau am Kermel zupfte; da gab's kein Einhalten, alle Schleusen waren aufgebrochen, heraus mußte es.

„Na, denn wer'n wer eben ziehn, ich un Arthur un de Kinder,“ sagte Mine endlich und sah der keifenden Schwiegermutter resolut ins Gesicht. „Mergern wer ich Der nich, un ärgern will ich mer ooch nich, noch zu allem derzue. Welle, Arthur?!“

Dieser nickte, er gab seiner Frau jetzt immer recht. Deren ruhige Entschlossenheit imponierte ihm. „Jawoll, wir können ja ziehn,“ rief er, „wir brauchen uns nich noch runterreißen zu lassen. Wir ziehn, natürlich! Für uns alleine verdienen wer immer genug!“

Sofort unterbrach Mutter Reschke ihr Gequassel; sie bekam nun doch keinen kleinen Schreck — ziehen —?! Am Gotteswillen, wenn die zogen, wenn Mine nicht mehr da war, wer gab dann Geld her?! Nur noch ganz leise brummelte sie Unverständliches vor sich hin und wiegte den Kopf.

Vater Reschke hatte seine armen blinzelnden Augen entsetzt aufgerissen. „Du willst doch weg machen, Mine?! Ach, se lassen uns alle in'n Stich — alle, alle!“ Schnüffelnd senkte er den Kopf, ein paar Thränen sickerten ihm über die schrumpelige Wange.

Mine beugte sich zu ihm. „Ne, Vater, ich laß Der nich in'n Stich.“

Da haschte der Alte nach ihrer Hand, tätschelte die, lächelte und stich der Schwieger-tochter übers Gesicht. Sie drängten sich alle um Mine, auch Mutter Reschke;

die Arbeiter die Gesetze anders anzuwenden als gegen die bürgerlichen Parteien. Und daß den Arbeitern der Genuß der gesetzlichen Rechte vielfach vorenthalten wird, hat Minister v. Meyß in seinem bekannten Diktum bestätigt, daß dem diskretionären Ermessen der Polizeibehörden ein gewisser Lauf, eine gewisse Latitudo gestattet sein müsse. „Und wenn von diesem Standpunkte aus die Polizeibehörden die sozialdemokratischen Vereine mit einem schärferen Maße messen, so entspricht dies allerdings auch den Intentionen der Regierung.“ Hier ist klipp und klar gesagt, wie die gesetzlichen Schranken umgesehen werden und wer sie umreißt.

Und wie die Regierung und die Polizeibehörden, so auch die Gerichte. Von einem Berliner Gerichte ist bekanntlich ein freisprechendes Urteil gefällt worden gegen einen Angeklagten, der behauptet hatte, daß das oberste sächsische Gericht wiederholt Angehörige der Arbeiterpartei als minderen Rechts erklärt habe. So hat z. B. dieses höchste sächsische Gericht in einem Urteile vom 18. Januar 1892 gesagt, daß eine Polizeibehörde gegen eine unerlaubte Geldsammlung mit Recht angewandt worden sei: „Der Begriff der öffentlichen Ordnung kann daher nicht auf die Abwehr äußerlicher Ungebüßnisse beschränkt werden. Jedenfalls umfaßt er den Bestand der in § 3 der Verfassungsurkunde für das Königreich Sachsen gewährtesten monarchischen Regierungsform, auf deren Untergrabung notorisch die Bestrebungen der Sozialdemokratie gerichtet sind. Auch im vorliegenden Falle handelt es sich, wie ausdrücklich festgestellt wurde, um eine Geldsammlung, die zur Verfolgung von sozialdemokratischen Parteizwecken veranstaltet wurde.“ Rehnlich entschied das Oberlandesgericht auch in einem Urteile vom 15. Oktober 1896. Wenn das Berliner Gericht den Angeklagten freisprach, weil es durch diese Urteile den Beweis als erbracht ansah, daß das oberste sächsische Gericht wiederholt Angehörige der Arbeiterpartei als minderen Rechts erklärt hat, so hat also dieses Gericht die staatsanwaltliche Auffassung abgewiesen, daß dem sächsischen Oberlandesgericht der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht sei; das Berliner Gericht hat in dem inkriminierten Satze lediglich die objektive Feststellung einer Thatsache erklart.

So ist durch eine lange Reihe der verschiedensten Maßnahmen der Behörden, selbst durch einen Ministerauspruch und durch Gerichtsurteile erwiesen, daß die Gesetze gegenüber den Arbeitern in Sachsen häufig anders angewendet werden, daß dadurch den Arbeitern das Versammlungrecht vielfach illusorisch gemacht wird. Der Bundesratsvertreter Dr. Fischer aber behauptet, die Behörden sollten durch ihre Maßnahmen nur die eingerissenen Schranken, die die Arbeiter niedergedrückt hätten, wieder aufrichten. Die Thatsachen reden!

Politische Heberhäut.

Sozialisten und Anarchisten in Spanien.
Im Lande der Kastanien berufen sich bereits aktive Minister auf die Autorität der Sozialistenführer in Verteilung der Arbeiterbewegung. Der spanische Unterrichtsminister hat ein eigenes Organ, El Globo, und dieses Blatt eignet sich, wie der Frankfurter Zeitung aus Madrid geschrieben wird, die Ausführungen des Sozialistenführers Pablo Iglesias Wort für Wort an leitender Stelle an, um eine richtige Perspektive für die ständig wiederkehrenden Unruhen in Spanien zu finden und die Vorwürfe zu entwaschen, die bei dieser Gelegenheit immer wieder gegen die Regierung erhoben wurden, als wäre sie und nur sie an den spanischen Wirren schuldig. Die Regierungen, hält dem der spanische Unterrichtsminister sehr zutreffend gegenüber, können, gleichviel ob sie radikal oder ob sie konservativ sind, lediglich die Festigkeit, mit welcher der Kampf zwischen Kapital und Arbeit geführt wird, mildern, aber sie können in keiner Weise die Entwicklung der sozialen Frage verhindern; denn diese ist eine beständige und unaufhörliche, welche dem Gesetz der Aktion und der Reaktion unterworfen ist.

Pablo Iglesias geht davon aus, daß die soziale Frage in Andalusien nichts weiter als eine Grundgeburt der allgemeinen Arbeiterbewegung ist und darum nicht eher

die That, als sei gar nichts vorgefallen, und klopfte sie sichern auf den Rücken.

Selbst Elli mußte nicht mehr. Mit schmeichlerischer Gebärde hing sie sich an den Arm der Schwägerin. Ihre schlauen Blicke sahen genug: sie wußte jetzt ganz genau, wer allein noch hier regierte.

XVII.

Sommerlicher Staub lag auf der Göbenstraße; der Sprengwagen hatte ihn erst vor einer Stunde gelöst, und doch war er schon wieder da, immer neuer, gold-durchschimmerter, sonnenwarmer, flüchtiger Sommerstaub, den ein lauer Wind, lautlos sächelnd, über Dächer und Häuser und Pflaster und Trottoir hinwegweht.

Unten im Keller war's langjähriger Staub, Staub von vielen Wintern und Sommern, der schwer wie Asche aufstieg, als man die Möbel rückte; den hatte nie ein Sonnenstrahl beleuchtet, nie ein freier Luftzug auf-geblasen.

Der Mann, der Arthur beim Ausräumen half, schimpfte; er mußte prusten und niesen, als hätte er eine Prise genommen. Sie wurden beide ganz schwarz im Gesicht und konnten kaum atmen und sehen.

Draußen auf der Straße hielt ein Wagen, mit einem mageren Gänzlich bespannt; solch eine Fuhrer gab's doch immerhin noch voll, obgleich die besten Stüde des Haus-haltes fehlten. Mine war beim Aufladen; ein ganzer Schwarm Kinder umringte das Fuhrwerk, und auch Erwachsene, Weiber mit Kleinen auf dem Arm und alte Männer mit krummen Rücken, standen in einiger Ent-fernung auf dem Trottoir und gafften.

(Fortsetzung folgt.)

gelöst werde, als die Arbeiterfrage überhaupt, auch wenn man sie für den Augenblick zu unterdrücken suche. Auch wenn die Organisation der Arbeiter Andalusiens viel lang-samer vor sich gehe als anderswo, so beruige die sozialistische Partei doch in einigen Städten über gute Organisationen; dagegen sei ihr Einfluß auf dem Lande sehr gering. Das Gegenteil lasse sich von den Anarchisten sagen. „Die Un-bildung und die intellektuelle Rückständig-keit des andalusischen Landarbeiters bieten einen über-aus günstigen Boden für die anarchischen Propagandisten. Alles, was Gewaltthätigkeit bedeutet, findet in jener Region der Sonne und der Stiere ein lebhaftes Echo. Der friedliche, reiflich überlegte und besonnene Streik ist dem andalusischen Arbeiter gegenwärtig unbegrifflich. Aber trotzdem verlieren wir nicht das Vertrauen, daß sich dies mit der Zeit ändert. Denn von Tag zu Tag gewinnen wir an Boden. Den Massenorganisationen von Tausenden von Arbeitern, welche plötzlich zu stande kommen, bringen wir kein Vertrauen entgegen; denn sie fallen ebenso schnell aus-einander, als sie zu stande gekommen sind. Diese ungebil-deten und unbedachtamen Massen, deren Willen ständig hin und her schwankt, verstärken in gegebenen Momenten die Reize der Anarchisten und verursachen die blutigen Ereignis-se, welche wir alle beklagen. Im Vergleich mit den Anarchisten mag man uns wohl eine konservative Partei nennen, aber im Grunde sind wir weit revo-lutionärer als sie. Die Revolution ist für sie fast der einzige Zweck; sie denken stets mit an gewaltsame Mittel, mit denen sie aber nur selten einen verhängnisvollen Augen-blickserfolg erzielten. Wir betrachten die Revolution als ein äußerstes Mittel, das nicht anzuwenden ist, wenn wir wollen, sondern nur wenn wir können, und wenn alle friedlichen Mittel, von denen nach unserer Ansicht der Fortschritt ab-hängig ist, erschöpft sind, ohne daß wir unser Ziel erreicht hätten. Wir rechnen heute mit einer starken Organisation, die den Minister Moret, als ich mit ihm sprach, völlig über-taschte. Der allgemeine Arbeiterverein hat 40 000 Mit-glieder; binnen kurzer Zeit dürfte diese Zahl sich verdoppeln. Das herrschende Vereinsgesetz ist nicht gut, weil es lediglich ein Polizeigesetz ist, das der Entwicklung des Vereinswesens alle Schwierigkeiten bereitet. Außerdem obliegen die Regie-rungen es in so unbilligster Weise anzuwenden, daß sie die Entwicklung der anarchischen Propaganda nicht zu hin-dern vermögen; sobald das Allergeringste vorkommt, werden die Anarchisten außerhalb des Gesetzes gestellt, was der Aus-breitung ihrer Lehren nur förderlich ist, da sie sich mit dem Glorioskien des Märtyrertums umgeben wahren. Zu dem-neiten, von der Regierung in Aussicht gestellten Vereins-gesetz kamt erst dann Stellung genommen werden, wenn dessen Wortlaut bekannt ist. Dasselbe gilt von dem neuen Gemeindegesez, das die Sozialisten mit aller Macht be-kämpfen werden, wenn den Arbeitern oder den Arbeiter-ver-einen nicht ein unbeschränktes aktives und passives Wahl-recht zur Gemeindevertretung eingeräumt wird. Wenn es uns gegenwärtig bei der großen Verteilung unserer Kräfte nicht möglich ist, Vertreter in die Cortes zu wählen, so könnten wir doch viele Vertreter in den Gemeindevertretun-gen haben, wenn das passive Wahlrecht nicht so beschränkt wäre.“

Nachdem sich so ein Mitglied der spanischen Regierung zu der Auffassung der Sozialisten auf den Massen-kämpfen der Gegenwart im allgemeinen und in Spanien im beson-deren ausdrücklich bekant hat, bleibt abzuwarten, ob die Regierung die Konsequenzen ziehen und in Spanien die Be-dingungen schaffen wird, unter denen allein ein orga-nischer Verlauf des gesellschaftlich nun einmal notwendigen Massenkampfes möglich sein wird: Die moralische und geistige Sebung der verbündeten und verfassten Masse, ihre Einsetzung in politische Rechte und ihre gesellschaftliche Mündigkeitserklärung überhaupt. Solange die Regierung sich auf diesem Wege nicht entschließen kann, wird auch die christliche Erleuchtung eines einzelnen Ministers dem Lande nichts nützen.

Deutsches Reich.

Parlamentarische.

Aus dem Reichstage.

D. Berlin, 20. Oktober. Der Beginn der Woche hat das sehr matte Bild, das das Haus äußerlich am Ende der vorigen Woche schon wieder zeigte, stark verwandelt. Die Absicht, morgen die erste entscheidende Abstimmung mit allen Mitteln herbeizuführen, die Erwartung, daß heute die sabbatlichen Regierungen zur Unterstützung des Reichskanzlers ins Feld rücken würden, halte die Fraktionen der Rechten und des Centrum veranlaßt, ihre Getreuen auf zahlreiches Erscheinen schon am heutigen Tage zu verpflichten. Auch der Bundesrat war wieder stark vertreten und seine bedeutendsten sabbatlichen Ver-treter beteiligten sich in der That heute lebhaft an der Debatte, die schon dadurch ein größeres Interesse gewann und die Ab-geordneten stark an den Sitzungssaal fesselte. Dazu kam, daß auch die Redner aus dem Hause heute durchweg, soweit ihre Parteien politisch überhaupt ernstlicher in Frage kommen, alle in ihrer Art selbstlich recht wirksam waren.

Die Diskussion setzte heute als erster der Graf Schwarze-Born fort, der als erster Vorsitzender des Deutschen Land-wirtschaftsrates in dem agrarischen Betriebe der heutigen Politik an hervorragender Stelle steht. Auch äußerlich wirkt er nicht abel; eine hohe Gestalt voll eruster Würde, spricht er sehr ge-messen und mitunter prononciert pathetisch, ohne dadurch in ein sabbatliches Extrem zu verfallen. Es kam so bei ihm auch ganz natürlich heraus, als er, fast wie in einem Gebete, davon sprach, was Schreckliches passieren würde, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme, und hinzusetzte: „was Gott verhalten wolle“. Er gehörte zu dem Teile der alten Junter, die nicht anders begreifen können und infolien wenigstens als ehrliche Politiker, so stark wie sie auch bekämpfen mögen, von uns honoriert werden. In seiner instruktiven junterischen Art war er es auch, der heute zum erstenmal wieder die positive gleichlaufende Ver-bindung wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Entrechtung andeutete. In diese Reihe hieb dann, freilich sehr bewußt und absichtlich, der württembergische Minister des Innern v. Bischof, der ihm folgte. Ein alter, schon gebrechlicher Mann, flötete er sabbatlich die einzelnen Sätze heraus, immer gleich monoton, ob er die trivialste und simpelste Thatsache wieder-holte oder mit dem schwersten Geschütz sozialitengegehrlicher Drohungen ausführte. Die Wirkung war übrigens in allem gleich Null.

Als dann der Führer der Nationalliberalen Dr. Sattler, äußerlich recht gebrechlich, aber innerlich voll lebhafter Energie, die Tribüne bestieg, wurde das Bild wieder bewegt. Sattler spricht mit scharfer und durchdringender Stimme, die Wirkung von Worten und Sätzen geradezu abwägend. Sattler war er heute nicht Herrin Barth der beste Typus des bürgerlich-ober-sächlichen Politikers, der doch der äußersten Erscheinungen Kunde ohne jeglichen Widerstand mit fertigtem wird. Um so mehr gerade wirkte er natürlich auf seine gleichgearteten Freunde der Rechten, die seiner Verteidigung des Regierungsentwurfes mit den lebhaftesten Beifallstürmen folgten. Man muß zu-gedenken, daß Sattler in dieser Verteidigung, so sehr er aber auch an den Oberflächen stehen blieb, doch sabbatlich recht geschickt war. Für die wirklichen Bekämpfer des Zollwuchers, d. h. der Regierungsvorläge, unter den Umstände an einer Seite abzu-zählenden radikalen bürgerlichen Abgeordneten, sind Leute wie Sattler deshalb auch nicht ganz ungefährlich. Als er dem „Fort-wirteln“ der Regierung und von der absoluten Notwendigkeit der baldigsten Reichsausschüsse sprach, hatte er den un-geheuren lebhaftesten Beifall der gesamten Rechten.

Während dieser Rede war der Reichskanzler erschienen, von seinem besonderen Freunde und Adalun Reichhosen, dem Staatssekretär des Reichs, orientiert, hörte er dann mit be-schränktem Aemern und dem sogenannten „verbindlichen Nachse-hen“ noch Peeth Sattler, aufmerksam aber noch dem folgenden Führer des agrarischen Teiles des Centrum, Herrn Dr. Seim, zu. Dieser sprach mit fast unerbittlicher Lebhaftigkeit, die dadurch geradezu provokierend wirkte, daß er jeden Abgeordneten, der sich in die Nähe der Rede tribüne wagt und zu einer Partei gehört, mit der er sich gerade allgemein beschäftigt, dann per-sönlich apostrophiert. Der Präsident dieses Hauses hielt ihm gegenüber eine merkwürdige und auffallende Teilnahmslosigkeit. Sehr auffallend wurde die Schärfe bemerkt, mit der Seim mit dem Bunde der Landwirte abrechnete, und auch wie er sich mit allerlei geheimnisvollen Andeutungen von der Flottenbewegung her interessant zu machen suchte.

Mutterknecht Wilow.

Die neue Redaktion der Norddeutschen Allgemeinen ist sehr munter im Dementieren. Für ihre eigene wert Person sind die offiziellen Herren undurchdringliche Dichtkanten; um so empfindlicher sind sie für den samstäglichen Zeit der ihrer hohen Auftragegeber, und sie reimen dienstfertig mit dem Hlergenwedel, sobald ein lästiges Insekt den Schlaf eines Großwürdigkeits zu stören droht. Wilow wird neuerlich wie ein Schwermüder von der Norddeutschen Allgemeinen bewacht; kein wüßiges Stäubchen darf den blühenden Freischuß des großen Diplomaten bestücken; dem übrigens verächtlich bei-französisch gefesteltere Reinsichtselbstgefühl durchaus fremd ist, mit dem seine journalistische Domestiken ihn verfolgen.

Graf Wilow mag sich nicht wenig gewundert haben, als er gestern abend die neueste Nummer der Norddeutschen All-gemeinen zu Gesicht bekam. Da stand in feierlichem Dementier-sill zu lesen:

Der Reichsbote verbreitet folgende geschäftige Bemerkung gegen den Reichskanzler Grafen Wilow:

Man sagt sich, wenn der Reichskanzler Graf Wilow, wie der Berliner Lokalzeitung berichtet, Zeit dazu hätte, einen ganzen Abend dem Deutschen Theater, einer Art Tingeltangel, zu widmen, so hätte er auch ein Viertelstunden übrig haben können, um, ganz abgesehen von seiner persönlichen Stellung zu den Büren, wenigstens den Empfindungen des deutschen Volkes so-wie Rechnung zu tragen, daß er, wie die französischen ersten Minister, diesen Wählern einen Empfang gewährte.

Die Angabe, daß der Reichskanzler einen ganzen Abend im Deutschen Theater verbracht habe, ist falsch. Graf Wilow hat dieses Theater überhaupt nicht besucht. Er würde sich vielleicht ebenso gern die gelegentliche Erholung eines Theaterbesuchs gönnen wie andere Leute, aber dazu fehlt ihm die Zeit.

Die Burengenerale haben, entsprechend dem von ihnen betonten unpolitischen Charakter ihrer Reise, keinen Empfang bei dem Reichskanzler nachgeschickt. Das sich Graf Wilow, der gewiß die allgemeine Hochachtung für die Tapferkeit und das menschliche Mitgefühl mit dem Schicksal der Generale teilt, seinerseits ihnen hätte nähern sollen, war schon nach dem durch die Generale veranlaßten Schelten einer Audienz bei dem Kaiser ausgeschlossen. Uebriens haben sich die französischen Staatsmänner zu den kurzen von ihnen den Generalen bewilligten Empfängen, so viel wir wissen, nicht die Initiative ergriffen.

Also der Reichskanzler war nicht im Tingeltangel. Das ist eine politisch hochbedeutende Feststellung, die den Verlinern gewiß mächtig imponieren wird. Er geht überhaupt nicht ins Theater, wenn er auch als „jubilander Mann“ sich ganz gerne einmal dieser Genuß verschaffen würde; aber er hat keine Zeit zum Theaterbesuch, wie andere Leute keine Zeit haben, müde zu sein. Das Volk erzählt, daß der erste Beamte des Reichs jeden Tag bis in die späten Nachstunden hinein feberhaft tätig ist, um über das Wohl des Landes zu wachen. Graf Wilow wird dem Philister in der offiziellen Aufnahme vorgestellt, in der Scheris Woche die Bilder aller großen Staatsmänner bringt; er selbst am Schreibtisch, die Feder in der Hand, in Ordankensfülle das schwerstbesiedelte Haupt über die Akten gebeugt; im Hintergrund der „Preis der Familie“, die in ehrlichstem Schwelgen den Thee einnimmt. Unermüdlicher Beamter, streng solider Familienvater, einfach Musterknecht jeder Zoll. Geht nie ins Theater, wenn ihm auch die Welt des Schönen nicht ganz fremd ist — ge-schweige denn ins Tingeltangel. Und wenn der fromme Reichs-bote das dennoch behauptet, so muß es die Norddeutsche Allgemeine flugs dementieren, indem sie das Bild, das das liebe Volk von seinem jeweiligen Reichskanzler hat, allemal einen großen Schuß patriotischen Vertrauens repräsentiert, das im staatsrechtlichen Interesse ängstlich gehütet werden muß.

Heute erzählt die staunende Welt offiziell, daß der deutsche Reichskanzler nicht ins Theater geht. Morgen werden viel-leicht die Byzantiner erzählen, daß er nicht Aufstern und Kavalier, sondern Rindfleisch mit Meerrettig frühstückt und auch sonst wie einer ehrbaren Hausmannschaft befähigt, deren Zusammenstellung ausschließlich durch die Höhe der Fleischpreise bestimmt wird.

* Berlin, 21. Oktober. Die Freisinnige Vereinigung hat folgenden Antrag im Reichstag eingebracht:

Hinter Artikel 3 der Verfassung wird folgender Zusatz auf-genommen:

In jedem Bundesstaat muß eine aus Wahlen der Be-völkerung hervorgegangene Vertretung bestehen, deren Zustimmung zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushalts erforderlich ist.

Der Antrag ist ein alter Bekannter. Er richtet sich gegen die absolutistischen Zustände in Mecklenburg.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Ernennung des Ober-bürgermeisters Delbrück zum Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen.

Oberbürgermeister Kirschner wurde gestern in Gegenwart der stellvertretenden Vorsitzenden der Verlehrsdeputation, Stadtrat Wagners, vom Eisenbahnminister Widde empfangen. Die Besprechung trug einen streng vertraulichen Charakter. Auch die Entscheidungen noch nach seiner Richtung hin getroffen worden. Es handelte sich bei dieser Verhandlung um eine Abänderung der vom Minister der Stadt nicht konzeptionierten Sitzstuhlbauart.

Für den Bürgermeisterei von Berlin kandidieren als nächstbesten Bewerber die beiden Mitglieder des Magistrats Gischel und v. Friedberg. Alle auswärtigen Bewerber können sich für den Wahlkampf in Betracht.

Die Hildesheimer Industrieausstellung wurde gestern mit einer Preisverteilung geschlossen.

Die erste Abstimmung über die Getreidezölle im Reichstag wird heute oder morgen erwartet. Zuerst wird vermutlich der Antrag Wagners für die Abstimmung kommen, der einen Zollsatz von 7,50 Mk. für alle Getreidearten verlangt. Dieser Antrag wird voraussichtlich gegen die Stimmen der Landwirtschaftlichen und einiger Konservativen abgelehnt werden. Dann wird über den Antrag Dr. Seim abgestimmt werden, und auch für diesen wird sich keine Mehrheit finden, auch wenn sich zu den Landwirtschaftlichen und Konservativen noch einige liberale, Centrumsmitglieder finden sollten. Alsdann wird die Entscheidung über den Antrag der Kommission fallen. Dieses wird, wie angedeutet zu berechnen ist, mit einer geringen Mehrheit zur Annahme gelangen, da das Centrum und die Konservativen geschlossen für ihn eintreten werden und auch die Liberalen heute in der Deutschen Tageszeitung erklären, daß sie vorläufig für den Kommissionsantrag stimmen werden, mit dem Vorbehalt, daß die Industriezölle eine entsprechende Ermäßigung erfahren. Die Sozialdemokraten haben zu den Getreidezöllen 14 namentliche Abstimmungen vorbereitet.

Da die Regierung die Kommissionszölle mehrfach feierlich als unannehmbar bezeichnet hat, wäre eigentlich mit dieser Abstimmung die Vorlage gefallen. Die Regierung aber läßt sich nicht beirren; sie will den Reichstag Zeit lassen, sich zu einer besseren Einsicht zu bekehren. Die Nationalzeitung will wissen, daß die Regierung entschlossen sei, auch nach der Annahme der Kommissionsbeschlüsse, die sie selbst als „unannehmbar“ bezeichnet hat, die Verhandlungen fortzuführen zu lassen. Der Sozialdemokrat kann dies gar nicht so unangenehm sein; sie wird die Gelegenheit wahrnehmen, von der Reichstagstribüne aus den ganzen Wahlerfolg in seiner Gemeinschaftlichkeit zu kennzeichnen.

In der Plenarversammlung des Deutschen Veterinärarzes, die gestern in München zusammentrat, erklärte Geheimrat Reichmann des Reichsanzeigers des Innern, daß der neue Entwurf des residierten Viehschlagengesetzes im nächsten Monat im Reichsanzeiger mit von Sachverständigen durchgesehen werde. Sodann begab er die eigentlichen Verhandlungen über das Thema: „An welche Stellen soll das neue Viehschlagengesetz ausgearbeitet werden, und welche Bestimmungen soll es enthalten?“ Die Verhandlungen über das Thema werden heute fortgesetzt.

Das bezahlte Lörpoboot. In der Nacht zum 24. Juni wurde das Lörpoboot 8 42 von dem englischen Dampfer Frisby überannt und zum Sinken gebracht, wobei der Kommandant Kapitänleutnant Rosenfeld v. Wöhrer und drei Mann der Besatzung ihr Leben verloren. Die Röhre des englischen Dampfers ist jetzt, wie aus Hamburg gemeldet wird, 100.000 Mk. Entschädigung an das Reichsmarineamt gezahlt und somit die Schuld ihres Kapitans anerkannt, die seiner Zeit auch durch das Secretat festgestellt worden war.

Wörthholzer Nachfolger. Ueber den neuen Vorstand der württembergischen Fabrikinspektion schreibt die Sozialpolitische Rundschau: Schon beim Ableben des hochverdienten württembergischen Fabrikinspektors Dr. Wörthholzer begab man die Befürchtung, daß wohl innerhalb der Fabrikinspektion ein gründlicher Systemwechsel zu erwarten sei. Und in der That scheint die Person seines Nachfolgers, des Herrn Dr. Wittmann, bisher Gewerberat in Ertel, darauf hinzudeuten, daß man nun das Rad rückwärts zu drehen gedenkt. Betrachtet man nun die bisherige Tätigkeit des neuen Fabrikinspektors. Das einzige authentische Material dazu sind die Berichte, die er in seiner bisherigen Stellung geliefert hat. Die Berichte aus dem industriereichen Bezirk Ertel umfassen im Jahre 1899 acht Seiten, 1900 fünf Seiten und 1901 — von einer graphischen Darstellung abgesehen — nur vier Seiten. Abgesehen vom Jahre 1900 (Posten nur vier Seiten) hat in den letzten drei Jahren Ertel immer den wichtigsten Bericht geliefert. Dabei lassen diese Berichte gerade das Subjektive Moment, das die Arbeiter Wörthholzers so ungemittelt wertvoll machte, vollständig vermissen. Wieviel wertvolle Beobachtungen über Arbeiterverhältnisse haben diese nicht enthalten, wieviel hat nicht ein jeder aus ihnen zur Beurteilung der Arbeiterfrage lernen können? Die bisherigen Berichte Dr. Wittmanns enthalten dagegen eine quantitativ vollständig unzureichende nichterwähnte Auseinandersetzung von Thatsachen, die zum Teil sozialpolitisch ganz bedeutungslos sind. Wir wollen Herrn Dr. Wittmann nicht unrecht thun; es ist ja möglich, daß er in der neuen Umgebung eine andere Auffassung von den Aufgaben der Fabrikinspektion erhalten, als er sie, seinen bisherigen Verichten nach zu schließen gehabt hat, daß etwas von dem sozialen Geist seines berühmten Vorgängers auf ihn übergeht.

Zwei Urteile. Die verdlenen, festgehalten zu werden, sollte in einer Sitzung das Bochumer Schöffengericht. Der Gewerkschaftler von Langendreer wurde wegen Verbreitung eines Flugblattes, das zum Boykott von Sälen aufforderte, die der Partei nicht zur Verfügung stehen, zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es wurde großer Unfug darin erblickt. Dann erhielt der Reviersteiger Sölcker wegen Uebertretung des Vergessenes 10 Mk. Geldstrafe, obwohl festgesetzt wurde, daß durch sein solches Vorgehen sehr leicht Menschenleben hätten gefährdet werden können.

Stuttgart, 19. Oktober. In einer von ca. 1500 Gemeindevorstellern des Landes besuchten Versammlung wurde heute zu Gericht gefessen über den von der Regierung dem Landtag vorgelegten Entwurf einer Gemeindeordnung. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Gauß hielt ein zweifelhafte Referat, in dem er an der Hand zahlreicher Einzelbestimmungen der Vorlage den Nachweis lieferte, daß das verhältnismäßig freie Gemeindevorstandsrecht der Gemeinden wieder illusorisch zu machen versucht wird. In sehr vielen Punkten bleibe der Entwurf bezüglich der Freiheit der Selbstverwaltung der Gemeinden nicht nur hinter dem bestehenden württembergischen Recht, sondern auch hinter den selbstverständlichen Bestimmungen, wie sie in den Gemeindeverfassungen Wadens, Bayerns und Preußens zu finden seien, zu rü d. Er beanspruche für den Staat nicht nur ein Aufsichtsrecht über die Gemeindeverwaltung, sondern ein positives Mitbestimmungsrecht und schränke dazu die Bewegungsfreiheit der Gemeinden, der allein der rasche Aufschwung des kommunalen Lebens zu

danke sei, bedenklich ein. Wenn der neue Entwurf Gesetz werde, so dürften in Zukunft z. B. nicht einmal mehr die Gemeindevorstände sich erlauben, gegen einen Gemeindevorstandsentwurf, der wie dieser den Gemeindevorständen zuwiderlaufe, sich zu wehren. Die Kritik des Redners war äußerst scharf, aber doch schon sie in ihrem Schlusseffekt neben das Ziel. Gauß schlug nämlich eine lahmne Resolution vor, die den Landtag erjudt, an einer Reihe von nebensächlichen Dingen zu verbessern, ganz wichtige grundsätzliche Fragen aber unberührt läßt. Da diese Resolution von einem engeren Komitee bürgerlicher Gemeindevorsteher vorbereitet war, und die Versammlung etwa zu 19 Zwanzigstel aus bürgerlichen Teilnehmern bestand, so war seitens der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher eine Verbesserung nicht durchzusetzen; democh gelang es, den Standpunkt unserer Partei nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, die an der Versammlung teilnahmen, hielten am Abend vorher eine Vorbesprechung, in der sie sich auf Vorschlag des Genossen Dr. Lindemann auf eine Erklärung einigten, die der Versammlung zur Kenntnis gebracht wurde. Diese Erklärung besagt in der Hauptsache: die von Gauß empfohlene Resolution gelte in einzelnen Punkten von grundsätzlichen Anschauungen aus, die die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher nicht teilen können, weshalb sie ihr die Zustimmung verweigern. Der Regierungsentwurf bringe statt einer fortschrittlichen Weiterbildung des Gemeindevorstands eine reaktionäre Verfestigung des bestehenden Rechtes und lasse wichtige, der Reform dringend bedürftige Gebiete unberührt. Gegenüber seiner auf Entrechtung der Gemeindevorsteher abzielenden Tendenz stellen die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher folgende Grundsätze auf:

1. Bildung des Wahlförpers nach den Grundsätzen der Einwohnergemeindeglieder, Aufhebung aller Besitzprivilegien.
2. Aufhebung des Dualismus durch Einführung des Einkommenssystems; Bildung der Gemeindevorsteherung ausschließlich durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen.
3. Sicherung der Gemeindeautonomie durch Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Kenntnisnahme und Beanstandung; Prüfung der Gehörbarkeit der beanstandeten Verwaltungsbefehle der Gemeinden durch die ordentlichen Gerichte; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der staatlichen Behörden gegenüber den Gemeinden.

Der Entwurf läßt die Bürgergemeinde unberührt bestehen, verstärkt den Dualismus in den großen Stadtgemeinden und beschränkt die Autonomie der Gemeinden. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher eruchen deshalb die Kammer, in die Beratung des Entwurfs gar nicht einzutreten und erwarten von der Regierung, daß sie ihn zurückziehe und in Wäbe einen besseren Entwurf vorlegt, zu dessen Vorberatung die Gemeindevorsteher des Landes zuzuziehen sind.

Abgesehen diese Erklärung bei einem großen Teil der Versammlung lebhaften Beifall fand, stimmte die letzte in ihrer größten Mehrheit doch der Gaußschen Resolution zu. Ihren Eindruck wird aber die sozialdemokratische Erklärung im Lande nicht verschlehen.

Oesterreich-Ungarn.

Vom 1. k. Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Oktober. Die Wälder werden aus Vieh; Anlässlich der Einweihung und Eröffnung eines polnischen Arbeiterheims befand sich die deutsche Bevölkerung der Stadt in großer Erregung. Schon am Sonnabend abend kam es in den Straßen zu großen Aufrührungen. In der Nacht wurden alle Wände des polnischen Vereinshauses mit Tinte besprüht. Sämtliche Glasfenster wurden durch Steine zertrümmert. Mehrere Arbeiter, die in den Vorderzimmern schliefen, wurden leicht verletzt. Gestern früh hatten sich auf dem Wege vom Bahnhof bis zum Vereinshaus viele Tausende von Deutschen angeeignet, welche die ankommenden polnischen Delegierten nicht in die Stadt lassen wollten. Mehrere Hundert Arbeiter aus Galizien mußten umkehren. Auch zu Prigelenen kam es, bei denen einige Verhaftungen vorgedominen wurden. Als der Landtagsabgeordnete Stojanowski das Vereinshaus verlassen wollte, wurde nach ihm mit Eisen und Steinen geworfen. Auch nach dem Reichstagsabgeordneten Bomba wurde mit Steinen geworfen. Auf die Ermahnungen einiger älterer Bürger beugte sich schließlich die Menge. Stojanowski konnte unbeschädigt zur Kirche gehen. Die Rückreise der meisten fremden Delegierten konnte erst erfolgen, nachdem sie auf Umwegen zum Bahnhof gelangt waren. Weitere Ausschreitungen kamen nicht vor.

Frankreich.

Aus der Kammer.

Paris, 20. Oktober. Der Nationalist Ernest Roche beantragte die Dringlichkeit für seinen Gesetzesvorschlag auf Trennung von Staat und Kirche und auf Abkündigung des Konkordats und Aufhebung der Vorkauf beim Vatikan. Der Ministerpräsident Combes erwiderte, die Regierung lasse der Kammer volle Freiheit, wie sie stimmten wolle. Es sei ihm persönlich unmöglich, zu unterscheiden, ob der Antrag ehrlich gemeint oder nur darauf berechnet sei, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten. Der Sozialist Dejeante erklärte, seine Partei stimme für die Dringlichkeit unter der Voraussetzung, daß mit der Abkündigung des Konkordats alle Kongregationen unterbriert werden. Die Sozialisten brachten einen entsprechenden Antrag ein und Dejeante beantragt die Priorität für die Abstimmung über diesen Antrag. Der radikale Briffon erklärt sich gegen die Dringlichkeit. Die Frage der Trennung von Staat und Kirche sei nur in Verbindung mit der definitiven Regelung des Unterrichts- und Ordenswesens zu lösen. Die Priorität für den Antrag Dejeante wird mit 287 gegen 218 Stimmen abgelehnt, ebenso lehnte die Kammer die Dringlichkeit für den Antrag Roche mit 286 gegen 179 Stimmen ab und beschloß die Einsetzung einer besonderen Kommission zur Beratung sämtlicher der Trennung von Staat und Kirche sowie die Unterdrückung von Orden und die Verwirklichung des Unterrichts betreffenden Anträge.

Darauf richtete der Abg. Deböze an den Marineminister eine Anfrage über die von mehreren Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die Pläne der französischen Unterseeboote Raoul Pictet, der ein Haus in London und Verlin habe, zugänglich gemacht worden seien. Marineminister Pelletan erwidert, Pictet habe ihm die Pläne eines neuen Unterseebootes vorgelegt und darauf habe er — der Minister — Pictet Gelegenheit gegeben, seine Pläne im ein-

zelnen auszuarbeiten. Pictet seien aber weder die Pläne der französischen Unterseeboote noch sonstige Geheimnisse der französischen Marine bekannt gegeben worden, denn das wäre ja Verrat gewesen. Wenn er — Pelletan — Raoul Pictet zuvorkommend empfangen habe, so sei das geschehen, weil er sich nicht für berechtigt halte, derartige Mitteilungen zurückzuweisen; kein Land weise eine Entschuldigung zurück von einem Fremden komme. Der Minister geht dann auf eine Zwischenbemerkung Ledrons, der verlangt, daß Admiral Marquet vom Marineministerium, auf dessen Zeugnis sich mehrere Mäler berufen hatten, vom Dienstgeheimnis entbunden werde, ein und versichert auf Ehrenwort, daß, seitdem er an der Spitze des Marineministeriums stehe, in keinem Dienstzweige Pflichtwidrigkeiten der in Rede stehenden Art vorgekommen seien; der Minister protestiert schließlich dagegen, daß man Verurteilung in das Land zu tragen suche, und gegen den Feldzug, der in gewissen Blättern gegen ihn geführt werde. Es wird die Umwandlung der Anfrage in eine Interpellation beantragt. Der Marineminister erklärt sich mit der sofortigen Beratung dieser Interpellation einverstanden und die sofortige Beratung wird mit 343 gegen 234 Stimmen beschloffen. Es wird Pelletan vorgeworfen, eine große Unfähigkeit begangen zu haben, als er Pictet, der nichts neues gebracht habe und der im Solde der englischen Admiralität stehe, sein Vertrauen schenkte. Der Marineminister verlangt hierauf Annahme der einfachen Tagesordnung und das Haus nimmt mit 386 gegen 211 Stimmen die einfache Tagesordnung an. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Vom Generalkrieg der Bergleute.

So. Nach den Veröffentlichungen des Generalsekretärs Colte ist der Streik allgemein im Norden, Pas-de-Calais, im Voivregebiel, Haute-Savoie, Haute-Savoie und Garmanz; dagegen wird die Arbeit fortgesetzt in Südost und Velle (Montceau-les-Mines), wo diesmal die Bergleute nicht streikten, und in einigen anderen Wägen; insgesamt arbeiten noch 14.000 Mann.

Colte hat sich öffentlich mehrfach ausgesprochen über das Vorgehen der Föderation vom Pas-de-Calais und Nord-Departement, die sich bekanntlich gesondert an die Unternehmer ihres Bezirkes gewandt haben. Die letzteren eilen sich übergeht nicht sehr, in die gewünschten Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten; sie haben dem Präfecten, der von den Arbeitern als Vermittler angegangen war, geantwortet, daß sie zunächst mit ihren Aufsichtsräten Rücksprache nehmen müßten. Darüber kann lange Zeit verstreichen.

Die französische sozialistische Partei (Jaurès) hat zu Gunsten der streikenden Bergleute einen Aufruf an das Proletariat erlassen. Am Schlusse desselben wird gewarnt vor Provokationen, Beleidigungen und Gewalt. Da es der politischen Macht, die sich noch immer im Sinne der böhmisches Macht befindet, gefallen habe, Truppen in das Streikgebiet zu entsenden, so solle die Arbeiterschaft dafür sorgen, daß dieses nicht zu Schlichterbeten werde. Die Soldaten werden an das Urteil des Kriegengerichts von Nantes erinnert, das den Hauptmann St. Rémy wegen Scherenschnittverletzung freigesprochen, weil derselbe unter dem Bewußtseinstande gestanden. Das sei nicht Willkür der Gendarmen, auch die Soldaten, die Arbeiter voll gestern und morgen, sollten die Rechte der Arbeiter respektieren. Schon sei Blut geflossen durch die Provokation der Gewaltthäter, welche den Streik als einen Kriegszustand betrachteten. Allen Vorkommnissen gegenüber sei es nötig, vor allem kaltes Blut zu bewahren.

Auch die Ouedisten haben einen Aufruf erlassen, blüch welchen sie ihre Parteimitglieder zur Unterstützung der Bergleute auffordern.

Wolffs Bureau bringt noch folgende neueste Meldungen vom Streikgebiet:

Paris, 20. Oktober. Das Nationalkomitee der Grubenarbeiter Frankreichs hielt in der Arbeiterbörse eine Versammlung ab. Ueber die Betalung beobachteten die Mitglieder Schweigen. Sieben Komittemitglieder werden an der Anwesenheit teilgenommen. — Im Bassin von Pas-de-Calais verließ die ganze Nacht sehr ruhig. Das Haus eines nichtstreichenden Grubenarbeiters wurde in Brand gesetzt, an mehreren anderen Häusern wurden die Fenstersteine eingeworfen. Infolge Explodierens zweier Dynamitpatronen sprang eine Reihe weiterer Fenster ein. Häuf Schüsse wurden abgegeben.

Die Kohlenräger in Marfeille haben an den Ministerpräsidenten Combes ein Schreiben gerichtet, um ihn davon in Kenntnis zu setzen, daß die Vereinigung der Hafen- und Flussarbeiter Frankreichs entsprechend der Aufforderung des Nationalkomitees der Grubenarbeiter, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, beschloffen hat, in dem Gebiet der Vereinigung die Arbeit einzustellen.

Der Abgeordnete Vashy hielt in Dunkirk eine Versammlung ab, in welcher er die Hafenarbeiter aufforderte, keine ausländische Kohle mehr anzuladen und auf diese Weise den Ausfuhr der Bergarbeiter zu unterstützen. Die Eisenhüttenwerke von Denain und Anzin haben den größten Teil ihrer Arbeiter entlassen, weil Kohlenmangel eingetreten ist.

Eine 60 Delegierte des Allgemeinen Arbeiterverbandes hatten in der Arbeiterbörse eine vertrauliche Besprechung, um über die Absichten der Leiter der Syndikate sich zu vergewissern. Bezüglich der Möglichkeit, den sofortigen Generalkonkordat aller Arbeiterkategorien zu proklamieren, wurde eine Tagesordnung angenommen, in der es heißt, daß der Generalkonkordat sei bereit, auf den Vorschlag des nationalen Grubenarbeiterkomitees bezüglich einer Verständigung über den Generalkonkordat auf Grundlage gemeinsamer Forderungen des gesamten Proletariats einzugehen.

Nordamerika.

Die Bellegung des Auslands.

Willesbaret, 20. Oktober. Die Konvention der Grubenarbeiter zur Verhängung des Ausstandes ist heute eröffnet worden; 650 Delegierte sind anwesend. Mitchell trat entschieden für Annahme des Vorschlages ein, der den Arbeitern größere Verantwortlichkeit sichere als durch Fortsetzung des Ausstandes erreicht werden könne.

Die Frankfurter Zeitung melbet aus Newyork: Eine stark Majorität der Grubenarbeiter verlangt, daß die Reihenbesitzer angehalten werden, jeden Streikenden wieder einzustellen, widrigenfalls der Streik fortgesetzt werden soll.

Die drei Vögel.

Halt Halt Halt Halt

Beachten Sie bitte
diese
Vorzugs-Offerte.

Eleg. Herren-Halbschuh	jezt nur	} Mk. 3.90	
Eleg. Herren-Stiefel	jezt nur		
Eleg. Herren-Schnürstiefel	jezt nur	} Mk. 5.90	
Eleg. Damen-Spangenschuh	jezt nur		
Eleg. Damen-Halbschuh	jezt nur	} Mk. 2.90	
Eleg. Damen-Stiefel	jezt nur		
z. Schnüren u. Knöpfen,		jezt nur	Mk. 4.90

Enorm billige Preise für **Gord-, Filzpantoffeln u. Schuhe.**

Grösste Auswahl in eleganten **Herren- und Damen-, Knaben- und Mädchen-Stiefeln.**

Schuhwarenhaus

Max Tack

nur Reichs-Strasse 33/35.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer zu achten.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Mittwoch den 22. Oktober abends 7/8 Uhr
Mitglieder = Versammlung
im Saale des Gambrinus zu L.-Connwitz.

Tagesordnung:
Die mosaische Schöpfungsgeschichte im Lichte der Wissenschaft.
Referent: Redakteur D. Stücklen, Altenburg.
Gäste willkommen. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

NB. Der Schluss des Vereinsjahres fällt in diesem Jahre mit dem Schluss des Kalenderjahres zusammen. Um einen glatten Rechnungsabschluss zu erzielen, wollen die Mitglieder ihre Kasseneinträge bis dahin abführen.
Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse.

Donnerstag den 23. Oktober abends 7/8 Uhr
Oeffentl. Versammlung
im Coburger Hof, Windmühlensfr. 11.

Tagesordnung: Beschlussfassung über Einführung von Diskussionsabenden. Zahlreichen Besuch erwartet.
D. V.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgenossen (E. H.), Zahlstelle Leipzig.

Sonntag den 25. Oktober 1902
Humoristische Abend-Unterhaltung
im Saale des Festsellers, L. Plagwitz

ausgeführt von den Leipziger Sängern aus dem Krystall-Palast, den Herren Bischof, Klein, Seidel etc. und der Leipziger Musiker-Vereinigung. Nachdem **Grosser Ball.** Programme sind bei der Direktionverwaltung und im Festseller zu haben.

Familienanzeigen.

Herrn Gustav Schilling die herzl. Glückw. zum Geburtstag. Deine I. Frau u. Mene.
Herrn Otto Thege die besten Glückwünsche z. heut. Tage. Minna u. Arthur.
Herrn I. Papa grat. w. z. 34. Geburtstag.
Gerrn. Walter, Gretchen u. Arth. Seifert.

Herzlichen Dank
sagen wir dem geehrten Arbeiterpersonal des Konsumvereins Leipzig-Gutritsch für die Liebesgabe.
Mädern, den 20. Oktober 1902.
Die trauernde Familie Wehnert.

Todes-Anzeige.

Montag früh verschied infolge eines Unglücksfalles auf meinem Reubau der Maurer **Hermann Brehme.**
Derfelde war mir ein langjähriger treuer Mitarbeiter und Freund und werde ich denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Plagwitz, den 21. Oktober 1902.
Gustav Böhme.

Todes-Anzeige.

Heute abend 7/8 Uhr verschied nach langem schwerem Leiden mein geliebter Vater, mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Schwager, der Schriftsetzer **Karl Hugo Hosang**
im 37. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetriibt an
Stötteritz, den 20. Oktober 1902.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Stötteritz, Augustastrasse 1, aus statt.

Todes-Anzeige.

Montag abend starb nach langem schwerem Leiden unser bewährter Parteigenosse **Hugo Hosang**
im Alter von 37 Jahren.
Alle, welche ihn kannten als arbeitsfreudigen braven Genossen, werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Stötteritz, den 21. Oktober 1902.
Die Parteigenossen des Südost-Bezirktes.
Die Beerdigung findet Donnerstag den 23. Oktober nachm. 3 Uhr statt und sammeln sich die Genossen von 2 Uhr an im Goldenen Löwen, Stötteritz.

Todes-Anzeige.

Nach langem schwerem Leiden starb unser langjähriger werter Parteigenosse **Hugo Hosang**
im Alter von 37 Jahren.
Sein freundlicher Charakter und seine Thätigkeit als Parteigenosse sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Stötteritz, den 21. Oktober 1902.
Die Parteigenossen von Stötteritz.

Todes-Anzeige.

Hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß Sonntag nachmittags 5 Uhr meine liebe Gattin, unsere Mutter und Schwester **Anna Kuntze verw. gew. Elitzsch geb. Steinberg**
nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Zehl(a), den 19. Oktober 1902.
Die trauernden Hinterbliebenen **Wilhelm Kuntze, Hans Steinberg.**
Die Beerdigung findet Mittwoch nachm. 7/8 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Für die wohlthunende Teilnahme sowie allen denen, welche den Sarg meines herzensguten entschlafenen Gatten, des Cigarrenhändlers **August Horn**
so reich mit Blumen schmückten, ganz besonders den Tabakarbeltern Leipzig, herzlichsten Dank. Du aber, treuerer Entschlafener, Ruhe sanft!
Die tieftrauernde Gattin nebst Hinterbliebenen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

(Abteilung Buchhandlung)
Leipzig, Tauchaer Strasse Nr. 19/21.

Der Neue Welt-Kalender für 1903

Preis 40 Pfennige.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor: Kalenderium. Vorkursen. Statistische Schulzeil. Wessen u. Märkte. Trübsalzeit u. Brückeländer. — Sänglingherlichkeit. Vom Obdbaum. Die Vogebahn (skulptiert). Wie liegt man die Erde. Schilfweide. — Wäldchen. In St. Gallen. Ruffische Rev. lution. — Erzählungen: Barons Traum von Emil Rosenow; Ein Bildnis von Rob. Schweizerl; Ueberleben. Wie man vor 150 Jahren Buchdruckerei wurde. — Gedichte: Winternot von E. Reiser; Volkrecht von Rob. Seidel; Der Sonn' entzogen; Auf der Adernachter. — Bruno Schönerant (mit Portrait). Karl Wirtel (mit Portrait). — Für Wäldchen. Humoristisches. — Bellagen: Der Kupfer (Deputation der Kohlenräuber; Son der Arbeit; Rast; Bergegetes Fest). Ein Vierfarbendruck. Ein Wandkalender.

Arbeiter-Notiz-Kalender für 1903

Gebunden 60 Pfennige, Porto 10 Pfennige.

Inhalts-Auszug: Illustrationen: Berliner Gewerkschaftsbund; In der Wahlwahl gewählte sozialdemokratische Abgeordnete. — Reichstagswahl-Ergebnisse mit Nachzahlen. — Sozialdemokratische Abgeordnete in den Landtagen. — Bitte für die Reichstagswahlen. — Was muß der Arbeiter von der Reichstagswahl wissen? — Grund von der Reichstagswahl. — Gewerkschaftliche Artikel: Deutsche Gewerkschaft 1890—1901. — Uebereinstimmung der Gewerkschaftsorganisationen, Gewerkschaftsleiter, Arbeiterleiter. — Die Leistungen der deutschen Gewerkschaften. — Vom Schlafende der Arbeit. — Die Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften. — Ein Kapitel aus dem Gewerkschaftsrecht.

Volks-Abreiß-Kalender für 1903

in zwei verschiedenen Ausführungen. Preis 40 Pfennige.

Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Naturheilverein Rötha

Mittwoch den 22. Oktober abends 7/8 Uhr im Saale der Drei Kofen:
Vortrag mit Lichtbildern über Leber- und Nierenleiden.
Eintritt frei. Gäste willkommen. D. V.

Institut KOSMOS, Leipzig.

Festhalle Stötteritz.

Sonntag den 26. Oktober abends 6 Uhr
Vortrag: Vulkane und Erdbeben.
Erläutert durch 90 Riesen-Lichtbilder.

1. Abteilung: Einleitung — Wesen und Wirkung der Erdwärme — Die Entstehung der Gebirge — Die Bildung der Vulkane — Geographische Verbreitung der Vulkane — Reihens- und Centralvulkane — Vulkanberge — Vulkaninseln — Die Lava und ihre Bestandteile — Der Lavaee des Kilanea — Solfataren und Fumarolen. 2. Abteilung: Vulkanische Katastrophen und ihre Verheerungen — Die Ausbrüche des Vesuv und Helna — Die Krater Japans und Neu-Seelands — Die heißen Springquellen — Die Geiser auf Island, Neuseeland und Nordamerika. 3. Abteilung: Die Erdbeben — Hebung und Senkung der Erdoberfläche — Allgemeiner Charakter der Erdschütterungen — Zahl und Dauer der Erdbeben — Seebeben — Die großen Erdbeben des letzten Jahrhunderts — Die Katastrophen auf den kleinen Antillen.
Eintritt: An der Kasse 25 Pfa., im Vorverkauf 20 Pfa. Kinder: An der Kasse 15 Pfa., im Vorverkauf 10 Pfa. Vorverkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich. Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt. Während des Vortrages ist das Rauchen nicht gestattet.
[9281]

Knöterich

von Apotheker Wagner, Leipzig,
garant. direkt aus Rußland bezogen,
ist d. beste Mittel geg. alle Katarrhe der Lunge, d. Halses, d. Kehlkopfes u. d. Luftröhre, geg. Asthma, Stichen, Brustbeschwerden. Man achte auf d. Namenszug. Es gibt zu haben à 50 g und 1 A., nur in Karlens, nie lose, in den Droguerien von C. Stuck Nf., Peterssteinweg 7, Gebr. Schwarz, Rathausgewölbe 6, O. Eokart, Schützenstraße 15, Salomonisapothek, Grimmaische Str., Hofapothek, Hainstr., Johannisapothek, Dresdener Str.; in Zwenkau, Apotheker Becker; in Leipzig, Annenapothek; in Entzitzsch, Droguerie H. Forst; in Plagwitz, Marlandroguerie.

Monatsgarderobe.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9, I.
am Markt u. Rathaus.
Empfehle in reicher Auswahl allerfeinste Herbst- u. Winter-Parfums, kompl. Auszüge, Weinfelder, alle Fragens u. Weiten. Eleg. Fracks u. Gesellschaftsang., auch leicht.
Frauenleiden Frau Gossmann, Leipzig-Lindenau, Josephstr. 34.

Dr. J. Blumberschke, Lady Blumberschke, Bob, deren Kinder, Ein Spielwaren-Händler...

tag: Neu einstudiert: Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7 Uhr. Freitag: Das Mädchen des Eremiten. Vorher: Die Puppenfee. Anfang 7 Uhr. Sonnabend: Heimat. Anfang 7 Uhr.

Ludwig XIV., König von Frankreich, Philipp, Herzog von Orleans, des letzteren Gemahlin Elisabeth Charlotte, des letzteren Gemahlin Marquise von Montespan...

Großes Puppen-Ballette arrangiert vom Balletmeister J. Wollweil, ausgeführt von dem gesamten Ballett-Ensemble und 60 Kindern.

Altes Theater. Dienstag den 21. Oktober: Im bunten Rod. Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Spathan und Frhen. v. Schlicht...

Besetzung: Hr. Demme, Hr. Hahn, Hr. de Kalaky, Hr. Schatz, Hr. Wicke, Hr. Hänseler, Hr. Brunow, Hr. Heise, Hr. Rüh, Hr. Bogie, Hr. Kühner, Hr. Kuntzmann, Hr. Scharp, Hr. Sproß, Hr. Gull, Hr. Karlvort, Hr. Scholz, Hr. Schuppenhauer, Hr. Würwinkel, Hr. Weidhorn, Hr. Eise, Hr. Steenberg.

Die Adone Galathea. Romantisch-historische Oper in 1 Akt von Poly Heurton. Musik von Fr. v. Suppe. Regie: Regisseur Haas. Direktion: Kapellmeister Hindelsen...

Leipziger Schauspielhaus. Hr. Anton Hartmann. Sophienstr. 19. Singspiel. Nachdruck verboten. Dienstag den 21. Oktober: Eusebius. Historisches Lustspiel in 4 Akten von Heinrich Stodiger...

Berufungskalender. Dienstag: Blüherer, Colendol, Duffortstraße. Abends 8 Uhr. Schulmeister der Musikschule. Flora, Windmühlenstr. Abends 8 Uhr.

Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Schlachthof zu Leipzig am 20. Oktober 1902. a) Auftrieb: 804 Rinder und zwar 280 Ochsen, 21 Kalben, 176 Kühe, 77 Bullen...

Table with columns: Viehgattung, Bezeichnung, Lebens- Schlachtzeitpunkt. Rows for Ochsen, Kalben und Kühe, Bullen, Rinder, Schafe, Schweine.

Sofort darauf zu warten. Herrenschuhen u. Absatzschuhe v. A 1.00 an. Damenochsen u. Absatzschuhe v. A 1.50 an...

Colonadenstr. 34 L. Möbel in ganzen Einrichtungen, wie auch einzelnen Stücken in allen Preislagen auf Credit. Herren-Garderobe, Damen-Garderobe.

50 000 Mark in kurzer Zeit anzufehen verkaufe jetzt: Palotex, neueste Anzüge, schwarz u. weißgestreift, Joppen, Hosen, Schuhwaren...

Gebr. Singer Nähmaschinen von 15 Mk. an, Reparatur u. Ersatzteile billig. Kleinverf. b. Original-Victoria. Reichtum in der modernen Kunstnäherie.

Wohnungsanzeigen. Alexanderstr. 10, IV. Obergesch. f. febl. Teilwohnung per sof. f. 300 Mk. durch Bernhard Handmann...

Wörlthstr. 4, L. Ager I. Obergesch. r. u. l. febl. Wohnungen per sofort für je 310 Mk. durch Bernhard Handmann...

Kanonen- oder Quintöfen. Röhre, Roste, Ofenplatten, Kohlenkasten. Wringmaschinen. Alwin Richter, Dresdener Str. 38.

Kraft-Rotwein. Blutarmen und Kranken ärztlich empfohlen. Sania Lucia. Eugen Unger, Dresdener Straße 45.

Käufe und Verkäufe. Kolonialwaren-Geschäft billig zu verkaufen. Spiegel, Spiegel. Unterhaltener Tisch zu verkaufen.

Rechtsbureau. Klagen, Gesuche, Verträge etc. Rat in allen Rechtsfragen. Dorotheenstr. 8, I.

Lüchtige Polierer. auf rohe Bindfädenwaren sofort geschäft. Nur solche, die in dieser Arbeit geübt sind...

Börsen-Anzeigen. Leipzig - Kleinzschocher Klingelstraße 20/21 u. Sauerstraße 24...

Reichstag.

108. Sitzung. Montag den 20. Oktober 1902.

Am Bundesratsstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes.

(Maximal- und Minimalzölle für Roggen und Weizen) wird fortgesetzt.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) polemisiert gegen die Ausführungen der Abg. Antrick und Stadthagen. Eigentlich sei es ja fruchtlos, sich mit den Sozialdemokraten, die die ganze Gesellschaft umstürzen wollen, auseinander zu setzen. Nebenher erklärt sich im Namen eines Teils seiner Freunde gegen den 7.50 Mark-Zoll, der die Gefahr in sich birgt, daß in Zeiten einer schlechten Ernte eine Suspendierung des Zolls würde eintreten müssen. Im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen müssen die theoretischen Erwägungen hinter den praktischen zurücktreten. Daher halte ich es für das Beste, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Sollte die Regierung diesem Schutz der nationalen Arbeit nicht zustimmen, so lehnen wir die Verantwortung ab, wenn die Tarifreform scheitern sollte. (Beifall rechts.)

Württembergischer Ministerpräsident Dr. v. Bischoff befreit gegenüber dem Abg. Goltz, daß er in der ersten Lesung gesagt habe, die kleinen Bauern hätten keinen Vorteil von den Getreidezöllen. Das gerade Gegenteil sei der Fall. Die kleinen Bauern sind, auch wenn sie wenig Getreide verkaufen, an den Zöllen interessiert, weil allein durch diese der fortschreitenden Entwertung des Grund und Bodens vorgebeugt und das Herabsinken der kleinen Besitzer in die Reihen der beschlossenen Tagelöhner verhindert wird. Daher sind denn auch die schwäbischen Bauern ohne Unterlass der Parteiführung mit verständigenden Ausnahmen für Erhöhung der Zölle. Mir will doch scheinen, als ob gerade die Sozialdemokratie sehr wenig berufen sei, als Art für die notwendige Landwirtschaft aufzutreten und an ihr eine Kur à la Dr. Eisenhart vorzunehmen. — Meiner festen Überzeugung nach wird die Erhöhung der Zölle eine Erhöhung der Grundstückwerte herbeiführen, wohl aber eine fortschreitende Entwertung des Grund und Bodens hindern. Wie die Verhältnisse in 20—30 Jahren liegen werden, das weiß ich allerdings nicht; doch braucht das jetzt nicht unsere Sorge zu sein.

Nun wird von anderer Seite behauptet, die Zölle, die diese Vorlage der Landwirtschaft bringe, sei zu homöopathisch. Nun, die Steigerung beträgt beim Roggen 43 Prozent (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten), beim Weizen 54 Prozent (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); das ist doch eine ganz beträchtliche Erhöhung. (Sehr richtig! links.) Herr v. Wangenheim warf den verbündeten Regierungen vor, der lauten Agitation der Sozialdemokratie gegenüber kapituliert zu haben. Wir halten wirklich nichts von der Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz (Unruhe bei den Sozialdemokraten) und treten allen darauf hingelenden Tendenzen nach wie vor entschieden entgegen; wir können aber auch keine einseitig konservative Politik in dem Sinne treiben, daß wir die gewaltigen im Volks- und Wirtschaftskörper vorgegangenen Veränderungen ignorieren und überlebte Zustände künstlich zu konservieren suchen. Wir haben gewiß die Interessen der Landwirtschaft, aber auch die der konsumierenden Bevölkerung zu wahren. Auch die Rückficht auf das Zustandekommen von Handelsverträgen verbietet eine weitere Steigerung der Zölle, die eine Hinabdrückung der ganzen Lebenshaltung bedeuten würde. Ich denke, in diesem Punkte sollte die Autorität der Regierung, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes größer sein, als die des Grafen Kanitz. (Sehr richtig! links.) Die gezeugene Mittelklasse stellt die einzig mögliche Kombination zwischen den widerstrebenden Interessen dar. Die verbündeten Regierungen und speziell die württembergische Regierung haben überall nachgegeben, wo sie haben nachgeben können; sie nuten dem Reichstage keineswegs zu, den vorgelegten Entwurf mit Haut und Haaren zu akzeptieren; aber an den Mindestzöllen für Getreide halten sie unter allen Umständen fest, obgleich sie wissen, daß die rückwärtslose Verschönerung extremer Standpunkte weit bequemer ist, als die undankbare Aufgabe der Verteidigung einer Mittelklasse. Aus allen diesen Erwägungen heraus erklärt sich die württembergische Regierung mit den Erklärungen des Reichskanzlers rückhaltlos einverstanden. (Schwacher Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Sattler (nat.-lib.): Die Zeit der Reben ist vorbei; mit der Abstimmung über die Getreidezölle fällt die Entscheidung über den ganzen Zolltarif. Aus den Ausführungen des Grafen Schwerin-Löwitz, der die Differenz zwischen Regierungsvorlage und Kommissionsbeschlüssen als ziemlich geringfügig bezeichnet, geht hervor, daß doch noch nicht die ganze konservative Partei dem Einfluß der Wangenheim'schen Richtung verfallen ist. Abg. Herold polemisiert gegen die agitatorischen Forderungen der Händler; aber auch die vom Centrum besürworteten Kommissionsbeschlüsse verlangen Unerreichbares, sind agitatorisch. (Lebhafte Oho-Rufe im Centrum.)

Die augenblickliche parlamentarische Situation ist folgende: Rund der Landwirte und Sozialdemokraten haben sich zur rücksichtslosen Bekämpfung der Regierungsvorlage zusammengefunden. Herr v. Wangenheim provoziert durch seine Anträge nicht weniger als 112 namentliche Abstimmungen. (Hört, hört!) Diese Koalition der extremen Parteien könnte nur durch eine geschlossene Mehrheit bekämpft werden: eine solche Mehrheit existiert aber nicht, seitdem die Kommissionsbeschlüsse als Bankapfel in die Mehrheitsparteien gefallen sind. — Das Beste ist, zur Abstimmung zu schreiten. Geht bei derselben die Mehrheit über die Forderungen der Regierung hinaus, dann ist eben der ganze Zolltarif gefallen und eine weitere Beratung ist alsdann zwecklos. (Sehr richtig! links.) — Wie die Obstruktion getrieben wird, davon haben wir ja schon recht häufige Proben erlebt. Die Sozialdemokraten schicken ihre Redner nach dem Alphabet — Antrick, Baudert, Galtner, Dieß — vor; welchen je zwei Buchstaben wird dann noch eine dreistündige Rede des Herrn Stadthagen eingeschoben. (Große Heiterkeit.) Eine solche Opposition kann nur durch eine feste und zielbewusste Mehrheit bekämpft werden — eine derartige Mehrheit ist aber, wie ich schon ausführte, eben nicht vorhanden. Daher ist es das Beste, die Regierung verzichtet nach der Abstimmung über die entscheidenden Positionen auf die Weiterberatung der Vorlage und schreitet zur Auflösung. (Sehr richtig! links) oder doch zur Vertagung des Reichstages. Eine Fortsetzung der Beratung würde ein Bild ergeben, das ebenso blamabel für den Reichstag wie für die Regierung ist. Die Annahme, daß die Regierung in der dritten Lesung von ihrem klaren und klaren Ausführungen zurückweichen würde, wäre direkt beleidigend (Sehr richtig, links) und würde bedeuten, daß man den Worten des Reichskanzlers keinen Glauben mehr schenkt (Sehr richtig! links). Reichskanzler Graf Bülow betritt den Saal. (Sehr höflich also, daß die Regierung die Konsequenzen ziehen wird. Bravo links und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heim (Centr.): Der Herr Vorredner hat so tapfer für eine Reichstagsauflösung gesprochen, weil er hofft, daß es dazu nicht kommt. (Sehr richtig! im Centrum; Unruhe bei den Nationalliberalen.) Mir persönlich im gegenwärtigen Augenblick wäre nichts lieber als eine Auflösung, in Forchheim wird kein Liberaler gewählt. (Bravo! im Centrum; Zurufe links.) Sie, Herr Reich, werden gewiß nicht gewählt. (Große Heiterkeit.) Herr Sattler sprach von der Taktik der Sozialdemokratie. Meinen Sie etwa, die Taktik der namentlichen Abstimmungen wäre anders, wenn die Mehrheit sich auf den Boden der Regierungsvorlage stellen würde? Die Sozialdemokratie hat sich völlig klar dahin ausgesprochen, daß ihr auch die Regierungsvorlage genügt, um diese Taktik zu befolgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ob die Scharfmacherpolitik des

Dr. Sattler Erfolg haben wird, möchte ich bezweifeln. Seine ganze Rede war ein Blumenstrauch, den er der äußersten Linken flocht, (Heiterkeit! Oho! bei den Nationalliberalen) es war das Kartell der Linken, an das Herr Sattler dachte. (Große Heiterkeit und Widerspruch links.) Ich fürchte nur, Herr Sattler findet keine Gegenliebe. Graf Schwerin redete der Regierung wieder gut zu. Er redete ihr zu, wie man bei uns zu Hause sagt, wie einer franken Kuh. (Heiterkeit.) Wenn die Regierung einerseits und die Mehrheit des Reichstags andererseits auf ihrem Standpunkt beharren, so muß sich die Regierung doch sagen, daß es unnötige Arbeit ist. Wenn die Regierung für die vier Getreidearten den Standpunkt der Bindung einnimmt, so verstehe ich nicht, weshalb dieser Standpunkt nicht auch für die Weizen- und Getreidezölle gelten soll. Die Bindung der Weizenzölle ist für die kleinen Besitzer von äußerster Wichtigkeit. Mein Antrag, der die gleichmäßige Verzollung der vier Getreidearten bezweckt, ermöglicht uns, das Brotgetreide nicht zu hoch zu belasten und so den Konsumenten zu schonen, andererseits kann nur so das berechnete Interesse der Produzenten gewahrt werden. Ich weiß nicht, ob der Reichskanzler schon sein letztes Wort gesprochen hat. Wenn aber wirklich das Wort des Reichskanzlers wahr ist, daß die Weizenzölle nicht Gegenstand der Bindung sein dürfen, so bedauere ich das sehr, denn dann werden sie das Kompensationsobjekt und die Handelsverträge werden auf Kosten der kleinen Bauern abgeschlossen. (Sehr richtig! rechts.) Meinen Antrag konnte ich meiner Fraktion nicht unterbreiten, weil mir damals die Rede des Herrn Reichskanzlers nicht bekannt war. Herr v. Wangenheim brauchte mich nicht in Schutz zu nehmen; den Antrag des Bundes der Landwirte machte ich nicht mit. An die Annahme dieses Antrages kann Herr v. Wangenheim in seinem ganzen Leben nicht geglaubt haben. Es liegen vielmehr Anzeichen vor, daß der Bund der Landwirte sich bemüht, die Wahlen so zu gestalten, daß die Zölle der Regierung angenommen werden. Das zeigt seine Taktik bei der Nachwahl in Forchheim. Hier drängen sie die armen Abgeordneten (Heiterkeit), für 7.50 Mt. zu stimmen, und draußen geben Sie einem Mann die Stimme, der auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage steht. Die Freundschaft des Bundes der Landwirte ist sehr gefährlich. In Bayern werden Sie keine Geschäfte machen, obwohl dort Ihre größten Herden wohnen. Ihr einziges Verdienst ist, daß Sie in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit dafür sorgen, daß sich einige kleine Leute ihr Brot verdienen. (Heiterkeit.) In Ihren Versammlungen treten Sie gegen die Weltpolitik auf, hier im Reichstag stimmen Sie für die Flottenvorlage. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß irgend etwas angenommen werden muß, sondern halte es für sehr gefährlich, wenn ein Zolltarif mit ungenügenden Sägen zu stande kommt. Der Agitation der Linken möge die Reichsregierung nicht allzu viel Beachtung schenken, sondern sie möge sich klar sein, daß ein genügender Schutz für die Landwirtschaft das Wichtigste für die Entwicklung Deutschlands ist. Bisher hat die Regierung bei ihrem Vorgehen leider weit mehr Beifall bei den Herren der Linken gefunden. (Sehr wahr! im Centrum.)

Abg. Winterer (Eis.) spricht sich für langfristige Handelsverträge in Verbindung mit einer Erhöhung sowohl der landwirtschaftlichen wie der industriellen Zölle aus.

Abg. Hausmann-Dalinger (lib. B.): Nicht ohne Vergnügen habe ich heute den Zusammenstoß zwischen dem Dr. Heim und dem Dr. Heim wahrgenommen. Mir der Einigkeit unter den Agrariern scheint es danach nicht weit her zu sein; die Herren drohen sich gegenseitig an die List zu legen. (Sehr gut! links.) Auf die interessanten Bemerkungen des Dr. Heim über die Agitation des Bundes der Landwirte — allerdings außerhalb dieses Hauses — gegen die Flottenvorlage wird man gut thun, später zurückzukommen. — Der württembergische Minister v. Bischoff hat heute agrarischer gesprochen, als bei der ersten Lesung, natürlich ohne dadurch die Agrarier zu kränken zu stellen. Es wäre wirklich besser, die einzelstaatlichen Minister brächten, statt sich in den Willen des Reichskanzlers zu fügen, bisweilen ihre nach der liberalen Seite hin abweichende Meinung zum Ausdruck. (Sehr richtig! links.) — Die Herren Minister sitzen alle in einer Art Liebeskammer zwischen Agrariern und Industriellen. (Sehr gut! links. Stürmische Heiterkeit.) Es ist aber bezeichnend, daß gerade die telegraphisch herbeiberordert werden, die mehr auf die agrarische Seite neigen. (Sehr gut! links.) Wir vermischen sehr die Vertreter von Obenbun und den Handwerker, die vielleicht etwas anders reden dürften. — Die Reichsregierung hat sich auf den agrarischen Stuhl gesetzt; nun aber haben die Mehrheitsparteien diesen Stuhl weggezogen und die Regierung sitzt zwischen zwei Stühlen. (Heiterkeit.) Die Vorlage ist ein Kind der agrarischen Strömung; aber der Vater zerbricht aus Liebe sein eigenes Kind; man wird an das arkanische Sprichwort gemahnt: Der Affe zerbricht aus Liebe sein eigenes Kind.

Graf Kanitz erinnerte in seiner Rede an den Pferdemarkt; nun, die Berliner werden bald singen: im Parlament ist Zollauktion. (Heiterkeit.) Die Agrarier wollen ihren Wählern den Nachweis des Fortschritts, nicht den des Erreichens bringen. (Sehr richtig! links.) — Die Regierung würde sich um das letzte Restchen von Nutzen bringen, wenn sie in der dritten Lesung doch noch umfiele; trotzdem scheint Herr Dr. Sattler doch etwas ähnliches zu fürchten; daher seine krauspoetischen Versuche, die Regierung klar zu machen. — Der württembergische Minister erklärte, die schwäbischen Bauern würden ins Lager der Sozialdemokratie übergehen, wenn der Tarif nicht zu stande käme; ich muß sagen: ein untauglicheres Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als Mindestzölle gibt es nicht. — Die Agrarier werden bei ihren Forderungen beharren; sie wissen ja, es wird so gehen, wie bei der Kanalvorlage; der Reichskanzler wird sich vor wie nach auf sie stützen und mit wohlklingendem Tenor das Lied anstimmen: Ich große nicht, wenn der Tarif auch bröckelt. (Stürmische Heiterkeit.) — Durch Akzeptierung des Prinzips der Mindestzölle hat die Regierung die Brücke der Verständigung mit der Linken abgebrochen; über die Höhe der Tariffätze läßt sich reden; aber das Prinzip der Mindestzölle bedeutet ein Vorrecht für die Landwirtschaft. Wir haben vor neun Jahren die Handelsvertragspolitik der Regierung unterstützt; wir können aber nicht gleich der Regierung alle neun Jahre unsere volkswirtschaftliche Stellung ändern. — Hätten wir konstitutionelle Zustände in Deutschland, so wäre es unmöglich, daß die Regierung eine Vorlage einbringt, für die sie mit Mühe und Not bei der zweiten Lesung die Hilfe einer einzigen Partei, der Nationalliberalen, gewinnt. Solange die Konservativen ihr politisches Frankfurtertum treiben dürfen, wird die Regierung fortgesetzt nachschlagen erhalten. (Bravo! links.)

Bayerischer Finanzminister v. Nibel: Wenn es Herrn Dr. Heim eine Freude macht, so will ich ihm gern erklären, daß ich für meine Person eine Erhöhung des Getreidezolls für sehr bedenklich halte. (Heiterkeit.) Die bayerische Regierung hat so viel für die Landwirtschaft gethan, daß viele Leute glauben, es sei schon zuviel geschehen. (Sehr richtig! links.) Ich breche über meine Meinung von welcher Seite sie auch laut wird, den Stab. Die Regierung hat sich rechtlich bemüht, einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen zu schaffen. Eine gleichartige Zollbehandlung sämtlicher Getreidearten ist unmöglich. (Bei der leisen Stimme des Redners gehen die folgenden Ausführungen verloren.) Die Getreide ist das wichtigste Rohprodukt für den wichtigsten Industriezweig Bayerns, für die Brauerei; keine bayerische Provinz kann sich nicht von künstlichen Uebersteuerungen dieses Produkts einverstanden erklären. (Lachen bei den Agrariern auf der Rechten und im Centrum.) Würde noch wie früher kein Eis bei der Brauerei verwendet und nur im Winter gebraut, so würde es möglich sein, mit der spät reifenden deutschen Getreide auszukommen und auf die Zufuhr ausländischer Getreide zu verzichten; heute ist es unmöglich. Eine Uebersteuerung der Getreide würde die Brauindustrie schwer schädigen, der auswärtigen Konkurrenz leichtes Spiel geben und

durch eine Erhöhung des Bierpreises um 3 Pfg. den Vorteil der erhöhten Getreidepreise für die Landwirtschaft wieder weit machen. (Lachen bei den Agrariern.) Für die Arbeiterbevölkerung bedeutet das Bier ein wichtiges Lebensmittel; außerdem aber kommen noch die Interessen der Kleinbrauer in Betracht, die durch eine Erhöhung des Getreidezolls direkt miniert werden würden. Ferner bedeutet ein über die Vorschläge der Regierung hinausgehender Getreidezoll direkt die Unmöglichkeit des Abschlusses von Handelsverträgen. — Man wirft der Regierung Mangel an Entgegenkommen vor. Die erhebliche Hinaufsetzung der Getreidezölle bedeutet doch wirklich keinen Mangel an Entgegenkommen. (Sehr richtig! links.) Allerdings beantwortet man jedes Entgegenkommen der Regierung mit Verhöhnung der Forderungen. (Heiterkeit und Zustimmung links. Unruhe rechts.) Auf Handelsgeschäfte dieser Art können sich die verbündeten Regierungen nicht einlassen. Lassen Sie uns praktische Politik treiben! Unter der gegenwärtigen Unsicherheit der Verhältnisse leiden Landwirte, Industrielle und Arbeiter. Es ist Zeit, daß auf beiden Seiten um ein gutes Stück nachgegeben wird. Möge der Reichstag nach dem altbewährten Grundsatz handeln: Das Bessere ist des Guten Feind.

Abg. Dr. Barth (frei. Bg., mit lebhafter Unruhe rechts empfangen): Der Herr Vorredner hat zugestanden, daß der Tarif der Regierung etwas zu agrarisch gefärbt ist. Das Ergebnis der ganzen vierjährigen Verhandlungen ist die totale Bankrotterklärung der agrarisch-protektionistischen Interessenpolitik. (Lebhafte Zustimmung links. Lärm rechts.) Gewiß haben die protektionistischen Regierungen hier im Reichstage die Mehrheit erreicht, erreichen aber kann diese Mehrheit nichts. Es ist doch wirklich ein allzu kläglicher Anblick, daß sich die Mehrheitsparteien bei diesem Tarif, dessen Nichtzustandekommen sie doch selbst als nationales Unglück bezeichnet haben, nicht über ein Fünftelgipfennigstüd einigen können. Ein nationales Unglück für 50 Pfg.! (Große Heiterkeit links.) Sie sprechen so viel von Obstruktion der Linken. In Wahrheit ist in die Verdauungsorgane der Mehrheit ein Fünftelgipfennigstüd hineingeraten und hat daselbst eine Obstruktion bewirkt. (Große Heiterkeit.) Die Mindestzölle sind ein charakteristisches Zeichen für das Mißtrauen der Mehrheit gegenüber der Regierung. Sie beissen sich fest auf die Mindestsätze, während Sie doch ganz genau wissen, daß die Regierung, sobald sie sich überzeugt, daß es im Interesse des Landes notwendig ist, unter die Mindestsätze herunterzugehen wird. (Hört, hört! rechts.) Meinen Sie etwa, die deutschen Unterhändler würden, wenn es sich darum handelte, Handelsverträge abzuschließen oder nicht, den Mut nicht besitzen, auch mit geringeren Zöllen, als sie der Reichstag beschloßen hat, die Verträge abzuschließen. Die Handelsverträge selbst würden ja dann einen anders zusammengesetzten Reichstag vorfinden. Die jetzigen Mehrheitsparteien haben damit, daß sie sich wegen einer solchen Lumperei von 50 Pfg. nicht einmal vertragen können, bewiesen, daß sie durch ihre Interessenpolitik vollständig desorganisiert sind, daß sie unfähig sind zu einer positiven Leistung auf diesem Gebiete. Daher ist es die höchste Zeit, daß der Reichstag mit dieser Majorität verschwindet und die Wählererschaft in die Lage kommt, ihrerseits ein Urteil über diese Dinge zu fällen. (Sehr richtig! links.) Die Regierung ist gebunden, der Reichskanzler kann nicht mehr zurück, er würde sonst jede Spur des politischen Credits verlieren. Wir können uns ja über diese Lage nur freuen, weil wir daraus die Inubersicht nehmen, daß die Vorlage scheitert. Wenn die Abstimmung morgen ein negatives Resultat ergibt, so ist es für ein selbstbewußtes Parlament eine Unmöglichkeit, die Verhandlungen noch weiter fortzusetzen. (Abg. Dr. Krenzl: So stimmen Sie doch ab!) Nein, abgelehnt wird nicht, einfließen lassen wir uns durch solche Versprechungen denn doch nicht. Wir werden Punkt für Punkt die ganze Vorlage durchberaten, mit allem Ernste, allem Nachdruck und aller Gründlichkeit, die eine solche wichtige Vorlage verdient. (Bravo! links.) Das Todesurteil des Tariffs hätte schon längst unterschrieben werden müssen. Aber auch jetzt ist es noch das Beste, die Handelsverträge einfach zu verlängern. Das würde von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit Beifall aufgenommen werden. Wer zweifelt daran, daß wenn es möglich wäre, diese Fragen wie in der Schweiz einem Referendum zu überweisen, speziell die Erhöhung der Getreidezölle mit erdrückender Mehrheit vom Volke abgelehnt werden würde. (Lebhafte Zustimmung links.) Niemand würde es wagen, dem Volke eine solche Last, wie sie die Folge der Getreidezölle ist, in direkte Steuern umgewandelt den Arbeitern zuzumuten. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie glauben, so hohe Zölle verantworten zu können, so haben Sie eben keinen rechten Begriff von der Arbeiterklasse, die weiß, was für eine Belastung der Zolltarif bedeutet. In anderen Ländern, wo die Massen der Bevölkerung in politischer Dumpsfette dahinsinken, mögen Sie eine solche indirekte Belastung riskieren. In Deutschland sind wir darüber hinaus (Sehr richtig! links), bei uns giebt es keinen halbwegs geschulten Arbeiter, der nicht begriffen hätte, welche große Belastung für ihn die Erhöhung der Lebensmittelzölle bedeutet. (Sehr wahr! links.) Sie (nach rechts) werden nun fragen, weshalb ich nicht für die Beseitigung aller bestehenden Lebensmittelzölle eintrete, wie dies die Sozialdemokraten in der Kommission thäten. Die Tendenz dieser Anträge halte ich für vollkommen richtig, aber man kann die Sünden der früheren Gesetzgebung nicht auf einmal einreißten. Selbst wenn unsere Arbeiter einen so hohen Lohn hätten, daß ihnen die Verteuerung der Lebensmittel nichts ausmachen bräunte, so würden sie vor einer solchen Politik zu warnen sein. Es darf nicht sein, daß unsere Arbeiter einen Teil ihres Arbeitsvertrages rein kapitalistischen Interessen opfern. Das ist keine staatsverfallende Politik (Sehr richtig! links), und wenn das Centrum glaubt, den Strotzender mit der Waisenspiege in eine harmonische Verrechnung bringen zu können (Heiterkeit), so unterschätzt es, wie weit der Erziehungszweck unserer deutschen Arbeiterschaft bereits gediehen ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der deutsche Arbeiter weiß, daß er ein schlechtes Geschäft macht, wenn ihm 10 Mt. Zoll abgenommen werden und ihm dafür verschrieben wird, daß seine Familie dereinst, wenn der Ernährer gestorben ist, einmal 1 Mt. wiederbekommen soll. Der Ruhe, Ordnung und Frieden in unserer Entwicklung will, der darf die Protektionen nicht mitmachen, und gerade die verbündeten Regierungen dürften am wenigsten eine Politik betreiben, die den primitivsten Forderungen der Gerechtigkeit direkt ins Gesicht schlägt. (Sehr gut! links.) Deshalb freuen wir uns, daß dieses Werk in diesem Reichstag keine Aussicht auf Verwirklichung hat (Unruhe rechts), und wenn Sie nicht noch den Spott und Hohn der Mit- und Nachwelt auf sich laden wollen, so entlassen Sie sich, den Verhandlungen hier ein Ende zu machen und lassen Sie das Volk entscheiden, wie es auf diesem Gebiete regiert werden will. (Lebhafte Beifall links, Rufen rechts.)

Da die Abg. Richter (kons.) und Windewald, die als Redner in die Redezeit eingetragen sind, im Saale nicht anwesend sind, erhält unter großer Unruhe der Rechten und des Centrums das Wort

Abg. Vaudert (Soz.): Herr Dr. Heim wunderte sich, daß wir Sozialdemokraten nicht über die Bierpreise ebensolchen Lärm machen, wie über die Fleischnot. Er scheint nicht zu wissen, daß die Bierpreise keineswegs direkt vom Weizen und Malz des Getreidepreises abhängig sind. — Dr. Sattler leistete sich den Fehler, daß wir uns nach dem Alphabet meldeten. Ähnliches könnten wir auch von den Angehörigen anderer Parteien sagen, bloß mit dem Unterschied, daß die Zwischenreden in dekorativer Ausstattung von einem der süddeutschen Bundesratsbevollmächtigten ausgefüllt werden. (Heiterkeit.) — Man wirft uns vor,

Gemeinde-Zeitung.

Meden zum Fenster hinaus zu halten. Dazu haben wir in der Zeit alle Anstalten, um den Hunger zu lindern, die noch im Besitze der gemessenen Gelder sind, die Augen über die drohende Gefahr zu öffnen.

Ach erinnere an den Protest des Städtetages. Die Rede des Städtetages über die Oberen Grundbesitzer des Christentums, den Kampf der Arbeiter und Bauern in dieser Beziehung, die Forderung des Christentums zusammen? Schon sehr ist die Verteilung des Volkes durch Hilfe außerordentlich hoch.

nen in die Entwicklung der englischen Konsumvereine und das Genossenschaftswesen unter Schulze-Deitch's. Die Arbeiter hätten früher bedauerlich Einwirkungen gegenüber ein gewisses Mitbewusstsein gehabt, das aber geschwunden sei, nachdem man sich mehr mit den Konsumvereinen beschäftigt hatte.

Verammlung der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen.

Am 14. d. W. tagte im Restaurant Zwei Linden unsere dritte Quartalsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage; 2. Bericht der Lokalverwaltung und Neuwahl derselben; 3. Gewerkschaftsangelegenheiten.

In der öffentlichen Holzarbeiterversammlung.

Die am 18. Oktober im Coburger Hof tagte, hielt Genosse Ernst Grenz einen Vortrag über die Stellung der Holzarbeiter zur Verwertung der Lebensmittel. Der Referent wies auf die Verteuerung des Fleisches, des Brotes u. hin und bemerkte, daß dieser Zustand hauptsächlich durch die Grenzschicht und Zollkette hervorgerufen worden sei.

Eine öffentliche Versammlung der Geschickler.

von Leipzig-Weitz tagte am 19. Oktober im Restaurant Weitz in L-Lindenau. Kollege Gräse referierte über die Lohnbewegung bei der Spektationsfirma G. Meise. Um einen Angriffskrieg habe es sich auch hier nicht gehandelt, die Arbeiter wären vielmehr gegenüber sich gegen gewisse Summen zu wehren.

11. Sitzung. Amensschuldt Herr Rudolf. Die Sitzung beschloß sich mit Vergütung von Steinrück zu Weggehenden. In der Plenarsitzung von 7.50 Mark bis herunter zu 6.00 Mark liegen die Offerten vor.

12. Sitzung vom 9. Oktober 1902. Die Gemeindevorstände sind vollständig erschienen. Hausbesitzer Baucke wird als Mitglied eingeweiht und begrüßt. Herr Lauffe schied 1902 aus dem Kollegium wieder aus.

Vereine und Versammlungen.

Arbeiterverein Großschwarze-Windorf.

In der Versammlung vom 11. d. W. gab der Vorsitzende bekannt, daß die Wahl zur Steuerermäßigungskommission statgefunden habe und die Herren Nische, Jahn und Genosse Nische gewählt worden seien.

Volkverein für Schnefeld und Umgegend.

In der am 18. Oktober stattgefundenen Versammlung referierte Genosse F. Seger über den Massenstaat als Rechtsstaat. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen.

Häuslerkongress- und Maschinengewanderverammlung.

Die Versammlung, die am 17. Oktober im Coburger Hof tagte, nahm einen Vortrag des Kollegen W. Gerde über das Accordsystem und seine schädlichen Folgen für die Arbeiter entgegen.

Neber Konsumvereine und deren Nutzen

sprach hier in mehreren Versammlungen Frauenlein Käny in Leubitz. Grundsätzlich sind die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der genossenschaftlichen Organisation schildert die Red-

Vermischtes.

Wildbiede auf dem Automobil. Ueber eine neue Anwendung des Automobilismus berichtet französische Wälder: „Gourmoderne“ französische Wildbiede versuchen, bis an die Bäume hinauf zu klettern.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Table with market prices for various goods like Wolle, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, etc., with columns for item name, unit, and price.